

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Vorschlag für eine Resolution des Rates der Stadt Freudenberg

Auch wenn es in der Stadt Freudenberg bisher glücklicherweise noch keine rechtsradikalen Übergriffe gegeben hat, sind sich die Mitgliederinnen und Mitglieder dieses Rates bewußt, daß sie, angesichts der aufrüttelnden Fälle rechter Gewalt in unserem Land, als in der öffentlichen Wahrnehmung stehende Persönlichkeiten aufgefordert sind, ihrer besonderen moralischen Verpflichtung nachzukommen und zu Widerstand und Zivilcourage aufzurufen.

Unsere gesamte Gesellschaft – und somit auch die Freudenberger Bürgerschaft – befindet sich gegenwärtig in einem tiefgreifenden Wandel. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir in Deutschland alle zusammen eine enorme Integrationsleistung erbracht. Menschen aus vielen Ländern sind aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen und haben hier in der Regel eine gute Aufnahme und neue Heimat gefunden.

In letzter Zeit fragen sich allerdings viele Bürgerinnen und Bürger quer durch alle sozialen Schichten, ungeachtet aller Parteizugehörigkeiten und sonstigen weltanschaulichen Festlegungen nach ihrer eigenen Identität.

Unsicherheiten werden deutlich; manche äußern Angst vor Überfremdung.

Menschliches Zusammenleben und ein demokratisches Gemeinwesen können nur gedeihen, wenn über Meinungsverschiedenheiten auch hart gerungen werden kann. Sprachliche oder gar körperliche Gewalt und alles, was die Würde eines Menschen, gleich welcher sozialen Stellung, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung in Frage stellt oder herabsetzt, dürfen dabei allerdings keinen Platz haben.

Weder ersetzt man so Argumente, noch trägt man so zur Lösung irgendwelcher Probleme bei; im Gegenteil: man schafft so nur neue.

In einer Gesellschaft, die Gewalt, Diskriminierung und das Recht des Stärkeren duldet, will bald niemand mehr leben. Daher muß es in unser aller Interesse liegen, daß jeder von uns an seinem Platz und mit seinen Möglichkeiten extremistischen Tendenzen gleich welcher Art entgegenwirkt.

In einem Land wie dem unseren, mit unserer Geschichte, unseren jüdisch-christlichen und auch humanistischen Wurzeln, ist Widerstand gegen rechte Gewalt kein linkes Projekt, sondern eine Sache aller Bürgerinnen und Bürger.